

Frankenberger Tageblatt

und Bezirksanzeiger.



Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft Aöha, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg.

Inserat-Nachträge übernehmen außer der Verlags-Expedition auch deren Zeitungsboten, auswärts sämtliche Bureaus und Filialstellen der Annoncen-Expeditionen: Invalidentant — Rudolf Woffe — Gausenfein & Bogler — G. P. Daube & Co. u. —; außerdem in Auersthalde Dr. Gohwiß Anton Richter (im Erzgericht), in Aöha Dr. Buchbinder Rudolf Bogel, in Niederwiesla Dr. Materialwaarenhändler Litzmann.

Inserate werden mit 2 Pfg. für die gespaltene Zeile berechnet. Kleiner Inseratsbetrag 20 Pfg. Komplizierte und lauschartige Inserate nach besonderem Tarif. Inseraten-Kassa für die jeweilige Abend-Nummer bis vorwärts 10 Uhr.

Vom Landtage.

Die 1. Kammer genehmigte in einer am 28. Novbr. abgehaltenen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes, die Vollziehung des Arrestes in unbewegliches Eigentum betreffend. Hiernach wurde beschlossen, die Petition des 14. Turnkreises (Sachsen) über Einführung des obligatorischen Turnunterrichts an der einfachen Volksschule, sowie eine Petition von Leipziger Fleischern um Abänderung einer das Viehschlachten betreffenden Verordnung auf sich beruhen zu lassen.

Die 2. Kammer beschäftigte sich in ihrer Sitzung von demselben Tage lediglich mit der allgemeinen Vorberatung des die Erbauung mehrerer Sekundärbahnlinien betreffenden Königl. Dekretes. Es handelte sich hierbei um die Linien: Schmiedeberg-Ripdorf, Döbeln-Mügel-Dschak, Krosche-Königsbrück, Radebeul-Radeburg und Bittau-Reichenau nebst Zweigbahnen von Reichenau nach Markersdorf und von Reichenau nach Tüschau. Die Debatte ergab das volle Einverständnis der Redner, die teils für die in Frage stehenden, teils für neue Linien plaidierten, mit dem von der Staatsregierung in dem Dekrete vertretenen Grundsatze, daß es unter gewissen Voraussetzungen und Beschränkungen notwendig sei, das vorhandene Eisenbahnnetz allmählich weiter auszubauen und den Gegenden, welche zur Zeit der Eisenbahnverbindung noch entbehren, soweit es bei den vorhandenen Verkehrs- und Terrainverhältnissen sich rechtfertigen läßt, die Wohlthat einer solchen zu teil werden zu lassen, doch machten sich Meinungsverschiedenheiten darüber geltend, ob nicht andere, gegenwärtig noch nicht zur Ausführung vorgeschlagene Projekte den Vorzug verdienen. Finanzminister v. Kömmerich konstatierte nach den letzteren Erörterungen der einzelnen Abgeordneten, daß die im Dekrete ausgeführte Absicht der Regierung, diejenigen Gegenden, die noch ohne Eisenbahnen sind, der Wohlthaten solcher zu teil werden zu lassen, von keiner Seite angegriffen worden sei. Es sei für die Regierung sehr schwierig, von den massenhaften Petitionen über Eisenbahnen, welche noch vorliegen, genau diejenigen auszuwählen, deren Berücksichtigung als unbedingt notwendig zu bezeichnen wäre. Dasselbe Gefühl würden wohl auch diejenigen Abgeordneten haben, welche bei keiner Linie interessiert seien. Die Regierung sei jedoch bestrebt gewesen, die Erbauung neuer Linien möglichst gleichmäßig auf das ganze Land zu verteilen. — Das Dekret wurde schließlich der Finanzdeputation zur Berichterstattung überwiesen.

Örtliches und Sächliches.

Frankenberg, 29. November 1881.
Die am Montag Abend stattgefundene Hauptversammlung des hiesigen Fortschrittsvereins beschäftigte sich in erster Linie mit der Petition, welche der Demokratische Verein für Sachsen wegen Verteilung des in Aussicht gestellten Wegfalls des größeren Teils der bisherigen Zuschläge zur Einkommensteuer an die hohe Ständeversammlung gerichtet hat. Die Petition fand allseitige Zustimmung; nur wurde darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die Petition eine Berücksichtigung erfahren sollte, auch eine Abänderung des § 17 Abs. 5 der revidierten Städteordnung unbedingt anzustreben sei. Hinsichtlich der Stadtverordneten-Wahl wurde beschlossen, von der Aufstellung einer Kandidatenliste abzusehen, dagegen sollen die Vereinsmitglieder und Parteigenossen für die Liste, welche der Bürgerverein in seiner Hauptversammlung aufstellt, einhellig eintreten.
In der am Sonntag Nachmittag im Saale des „Noh“ abgehaltenen landwirtschaftlichen Bezirksversammlung, in welcher Dr. Dr. Seifert von der landwirtschaftlichen Schule zu Chemnitz einen Vortrag über Wiesenkultur und rationellen Futterbau hielt und

Dr. Kreisvereinssekretär Möbius aus Chemnitz über Steuerwesen und speziell die Einkommensteuer sprach, erfolgte durch letzteren auch die Prämierung dreier Dienstboten des Kammergutes Sachsenburg für langjährige treue Dienstleistungen. Es waren dies Karl Gottlob Polster, der vom 2. Januar 1849 bis heute, und zwar 3 Jahr bei Hrn. Amtsvorw. Bach, 24 Jahre bei Hrn. Amtsvorw. Uhlig und 8 1/2 Jahr bei der Königl. Kammerguts-Verwaltung, Johann Gottlieb Flade, der vom 2. Januar 1847 bis heute (2 1/2 Jahr bei Hrn. Amtsvorw. Bach, 24 Jahre bei Hrn. Amtsvorw. Uhlig, 8 1/2 Jahr bei der Königl. Kammerguts-Verwaltung) in Diensten steht, und Johanne Rosine Kuhn, die von Ostern 1837 bis Ende 1877 (12 1/2 Jahr bei Hrn. Amtsvorw. Bach, 24 Jahre bei Hrn. Amtsvorw. Uhlig, 4 1/2 Jahr bei der Königl. Kammerguts-Verwaltung) bedienstet gewesen. Letztere mußte körperlicher Leiden wegen ihren Dienst Ende des Jahres 1877 aufgeben; dieselbe hat 32 Jahre lang die Milch vom Kammergut nach Frankenberg zum Verkauf gebracht und wird sich ihrer gewiß noch manche Frankfurter Hausfrau erinnern. Polster und Flade erhielten eine vergoldete Medaille mit der Umschrift „Für langjährige treue Dienste“ und dem Namen des landwirtschaftlichen Kreisvereins, Frau Kuhn erhielt ein die gleiche Umschrift zeigendes, am Samtbande am Hals zu tragendes vergoldetes Kreuz. Die so Deforieten wurden darauf noch von Hrn. Amtshauptmann v. Weissenbach beglückwünscht. Alle drei Dienstboten haben mit einer so langen Reihe von Jahren mit seltener Treue und zur größten Zufriedenheit der jedesmaligen Dienstherrschaften des Kammergutes gedient und denselben ihre Jugend und ihre Kräfte gewidmet und wurde dies an deren Ehrentage auch von der jetzigen Verwaltung in klingender Weise anerkannt.

Seitens des Stadtrats zu Plauen i. V. ist kürzlich zu sicherheitspolizeilichen Zwecken ein Englischer Petroleumprüfer angeschafft worden. Dieser scheinreiche Apparat, welcher mit einer galvanischen Batterie in Verbindung steht, dient zu dem Zwecke, das Petroleum auf seine Explosionsfähigkeit zu prüfen. Die Schutzmannschaft hat bereits von einer großen Anzahl von verkauften Petroleumproben behufs Verwendung von Experimenten entnommen. Die Verschiedenheit der bisher erzielten Resultate ist ganz überraschend. Während eine Petroleumsorte schon bei einer Wärme von 20° R. explodierte, mußte eine andere auf 59° R. erhitzt werden, ehe der elektrische Funke eine Explosion der Petroleumgase hervorbringen konnte.

Ein öffentlicher Lehrer, welcher in wissenschaftlicher Ueberschreitung der bestehenden Landesordnungen einen Schüler züchtigt und dabei vorsätzlich körperlich mißhandelt, ist nach einem Urteil des Reichsgerichts abgesehen von der ihn treffenden Disziplinarstrafe wegen Körperverletzung im Amte aus § 340 Str.-G.-B. zu bestrafen, auch wenn die dem Schüler zugefügte Mißhandlung keine gesundheitsgefährdenden Folgen gehabt hat.

Vom Reichstage.

In der Sitzung vom 28. Novbr. begann die Beratung über die den Zollanschluss Hamburgs betreffende Vorlage. Der erste Redner war Abg. Hänel (Fortschr.), welcher anerkannte, daß dieser Anschluss in der Reichsverfassung vorgesehen sei, aber für die Prüfung der Vorlage in einer Kommission plaidierte, die erwägen solle, ob die hier vorgeschlagene Ausführung die zweckmäßigste sei und die mit ihr verbundenen Opfer für das Reich (40 Mill. M.) den erwarteten Vorteilen entsprechen. Zunächst werde sich wenig oder gar nichts durch den Anschluss ändern, Import und Export Deutschlands über Hamburg werde bleiben, was beide vor ihm waren; die einzige Aenderung werde darin bestehen, daß die Ver-

zollung in Zukunft in einem hamburgischen Zollamt stattfindet. Die Vorlage sei kein Staatsvertrag, den nur der Kaiser abschließen könne, sondern nur ein vom Reichskanzler abgeschlossenes und daher nur ihn verpflichtendes Abkommen; auch sei nach Ansicht der liberalen Parteien zur Verlegung der Zollgrenze an die Unterelbe nach wie vor ein Gesetz notwendig. Hänel beantragte Verweisung der Vorlage an eine Kommission. — v. Minnigerode (kons.) bestritt prinzipiell die Ansicht des Vorredners, daß dem Bundesrat nicht das Recht zustehe, die Zollgrenze selbständig zu bestimmen und fand, daß sowohl nationale Interessen als auch Wünsche aus Hamburg selbst die Vorlage bedingen, durch die der Hamburger Großhandel eine mehr nationale Richtung erfahren werde. Redner fand ebenfalls, daß die Vorlage nach technischer und finanzieller Rücksicht in der Kommission genau geprüft werden müsse, als er aber auf die Ausführungen Richters in der Staatsdebatte vom Donnerstag zurückkam, die bekanntlich an diesem Tage von keiner Seite Entgegnung fanden, wurde er vom Präsidenten mit dem Bemerkten unterbrochen, sich nur an die Vorlage zu halten. — Dr. Barth-Bremen (lib. Ver.) fand, daß gerade das in den Motiven der Vorlage betonte Interesse des Exports die Nichtbeschränkung des Freihafengebiets verlange. Die verlangten 40 Millionen seien als eine partielle Entschädigung für die Entwertung von Grundeigentum und als Beitrag zu den Kosten des Kanals zu betrachten, der nicht in Hamburg, sondern im Interesse der Zollabfertigung gebaut werden müsse. Die Kommission werde auch darüber Information zu verlangen haben, warum nicht gleichzeitig ein Vertrag mit Bremen geschlossen werde. — Bundesratsbevollmächtigter preussischer Finanzminister Bitter erklärte, daß eine Freihafteränderung nicht notwendig sei, da ein Freihafengebiet, wenn auch in veränderter Gestalt, bestehen bleibe. Ueber das Freihafengebiet selbst werde man keine gesetzliche Bestimmungen brauchen, da der Grund und Boden vom Senate erworben werden wird, so daß derselbe alle nötigen Anordnungen im Verwaltungswege treffen könne. Gleichzeitig mit Bremen zu verhandeln war nicht möglich; es seien aber jetzt für diese Unterhandlungen Kommissarien ernannt worden. Die Stadt Altona werde man in jeder Weise unterstützen, um sie selbständig neben Hamburg zu erhalten. Hänel's Behauptung, daß nur die Furcht vor weiteren Vegetationen oder PreSSION die Hamburger zu dem Vertrage bestimmt habe, treffe nicht zu, auch die Erkenntnis des eigenen Interesses habe den Senat und die Bürgerschaft Hamburgs dazu bewogen. (Während Bitters Rede erschien Fürst Bismarck am Bundesratsstische.) Windthorst hielt die Motivierung für ungenügend; in der Kommission werde das Fehlende nachgeholt werden müssen, namentlich werde man aber eine genauere Spezialisierung des Kostenanschlags fordern und untersuchen müssen, ob der neue Kanal absolut notwendig sei. — Fürst Bismarck erklärte die Frage, ob hier ein Reichsinteresse vorliege, sollte eigentlich kaum zweifelhaft sein. Man denke doch einmal den Fall, daß alle deutschen Handelsstädten Zollausland wären wie bisher. Hamburg, Bremen und das ganze Reich ist bei dieser Frage in eminentester Weise bezüglich des genannten Handelsgebiets beteiligt. Ob die geforderte Summe zu hoch oder zu niedrig, darüber möge sich rechten lassen, indessen ihm scheine sie nicht zu hoch für das, was auf dem Spiele stehe. Es habe übrigens nie ein Zweifel darüber bestanden, daß der bisherige Zustand lediglich als ein Uebergangsstadium betrachtet werden müsse; schon 1867 sei über den Anteil gesprochen worden, der Hamburg und dem Reiche bei definitiver Regelung zufallen müßte. Es handele sich um die Durchführung verfassungsmäßiger Bestimmungen, darin werde er sich nicht hindern lassen, auch wenn ihm Opposition entgegenetrete. (Beifall rechts.) Der Reichskanzler erklärte, so lange er noch zu wirken gezwungen sei, werde er den

berg.
Sum bitten grade:

tion.
zeige.
verschied
athschluß
rer, her-
gerwater,
ger und
rth.
ir lieben
aten nur
bittend,
ag, den
der Be-
am 28.
arth,
rne
4 20
69
63
—
—
71
17,50

Sorte
50 Pfg.
70 Pfg.
75 Pfg.
50 Pfg.
50 Pfg.
25 Pfg.
50 Pfg.
35 Pfg.
M. —
erreiben
; Den
Stroh
Kartof-
0 Pfg.
Pfg.
reide-
er un-
waren
heutige
welche
mmen
Bücher
wächst.
40 bis
Rubig.
208
60 bis
er 160
156
290
netto
oo 57
Bf.
Prog.

br.: